

Das mächtigste Land der EU hat sein strategisches Schicksal nach wie vor nicht selbst in der Hand

Das deutsche Parteiensystem zerfällt angesichts steigender Verteidigungsausgaben, doch seine Einbindung in eine von den USA geführte Sicherheitsordnung schränkt Berlins Handlungsfreiheit ein.

29. September 2026 | Timofey Bordachew, Valdai Club

Die politische Ordnung Europas verändert sich rasch, doch Deutschland bleibt weiterhin an das nach 1945 geschaffene Sicherheitssystem gebunden.

Die aktuellen Entwicklungen in der europäischen Politik können vor dem Hintergrund der seit dem Zweiten Weltkrieg herrschenden relativen Stabilität zutiefst beunruhigend erscheinen, und dies gilt insbesondere für Deutschland, wo die Erinnerungen an die bewaffneten Übergriffe auf seine Nachbarn in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch immer lebendig sind.

Doch Geschichte wiederholt sich nicht einfach, und daher muss jede Diskussion über den tiefgreifenden Wandel, der sich derzeit in den politischen Systemen Westeuropas vollzieht, bei den Umständen ansetzen, in denen sich diese Länder heute befinden; denn auch wenn es verlockend sein mag, das Deutschland des Jahres 2026 mit dem Deutschland vor einem Jahrhundert zu vergleichen, birgt dies die Gefahr, mehr zu verschleiern als aufzudecken.

Wie das Sprichwort sagt: Der Teufel steckt im Detail, und ohne zu untersuchen, was sich in Europa selbst verändert hat, ist es unmöglich, die Chancen oder Gefahren zu verstehen, die der aktuelle Umbruch für Russland mit sich bringt.

Bestimmte Merkmale der deutschen und der westeuropäischen politischen Kultur haben sich als bemerkenswert beständig erwiesen. Eines davon ist die tief verwurzelte Überzeugung von der Überlegenheit des europäischen politischen und sozialen Modells, verbunden mit der Tendenz, dessen Werte als universell und daher exportfähig anzusehen.

Ein weiteres Merkmal ist die lange militärische Tradition Europas. Seit dem antiken Griechenland und Rom spielt militärische Macht eine zentrale Rolle in der europäischen Staatskunst, und Russland befand sich historisch gesehen zwischen zwei sehr unterschiedlichen strategischen Welten: den Reitermächten der Großen Steppe im Osten und den schwer bewaffneten europäischen Staaten im Westen.

Ein drittes Merkmal ist das außenpolitische Abenteuerlust, da die europäischen Mächte wiederholt ihre Bereitschaft unter Beweis gestellt haben, außerordentlich riskante Projekte im Ausland in Angriff zu nehmen; die entscheidende Frage lautet heute jedoch nicht, ob solche Traditionen bestehen, sondern ob die heutigen Umstände es zulassen, dass sie erneut überhandnehmen.

Die Antwort hängt sowohl von externen als auch von internen Faktoren ab. Extern agieren die westeuropäischen Staaten im Schatten der überwältigenden Militärmacht der USA und neben einem atomar bewaffneten Russland. Intern hingegen erleben Deutschland und seine Nachbarn politische Veränderungen, wie man sie seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen hat.

Zersplitterung des Systems

Das traditionelle Parteiensystem Deutschlands bröckelt rasch, und die Sozialdemokraten und Christdemokraten, die die Bundesrepublik über Generationen hinweg dominierten, haben zunehmend Schwierigkeiten, sich selbst oder der Wählerschaft eine überzeugende Antwort auf die Probleme des Landes zu bieten.

Die sinkende Beliebtheit von Bundeskanzler Friedrich Merz, enttäuschende Ergebnisse bei den Landtagswahlen und das Fehlen eines offensichtlichen Nachfolgers deuten allesamt auf eine tiefgreifende Krise hin, da sich langjährige strukturelle Probleme mit den wirtschaftlichen Folgen des Verlusts des Zugangs zu billiger russischer Energie und der wachsenden Abhängigkeit Deutschlands von den USA vermischt haben.

Die Folgen sind besonders in den östlichen Bundesländern der ehemaligen DDR sichtbar, wo die Unzufriedenheit mit dem politischen Establishment schon seit langem eine größere Rolle spielt; die AfD und Die Linke haben davon profitiert, dass die Unterstützung für die traditionellen Parteien nachgelassen hat.

Wichtiger als der Aufstieg einer einzelnen Partei dürfte die Zersplitterung des Systems selbst sein, da das politische Leben in der größten Volkswirtschaft der EU jene Stabilität und bürgerliche Ruhe verliert, an die sich mehrere Nachkriegsgenerationen gewöhnt hatten.

Dies löst außerhalb Deutschlands unweigerlich Besorgnis aus, da das Land 83,5 Millionen Einwohner zählt und eine historische Vergangenheit hat, die es den Nachbarländern unmöglich macht, politische Instabilität dort einfach zu ignorieren.

Die Versuchung ist groß, Vergleiche mit der Zwischenkriegszeit anzustellen, als Deutschland ebenfalls den Zerfall einer etablierten politischen Ordnung und den Aufstieg von Bewegungen erlebte, die die Unzufriedenheit der Bevölkerung über wirtschaftliche Not und nationale Demütigung ausnutzten. Die letztendlichen Folgen sind bekannt, nirgendwo mehr als in Russland, das unter den verheerendsten Folgen der deutschen Aggression litt, doch es gibt einen enormen Unterschied zwischen dem Deutschland von damals und dem Deutschland von heute.

Abhängigkeit und Instabilität

Das moderne Deutschland verfügt nicht über die strategische Unabhängigkeit seines Vorgängers und ist mehr als jedes andere große europäische Land nach wie vor in das nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene, von den USA geführte Sicherheitssystem eingebunden.

Diese Konstellation besteht seit mehr als 80 Jahren, und amerikanische Truppen sind nach wie vor auf deutschem Territorium stationiert, während die NATO Deutschland in eine militärische Struktur einbindet, deren letztendlicher Schwerpunkt die USA sind. Unabhängig davon, mit welcher Terminologie man diese Beziehung beschreiben mag: Deutschlands strategischer Handlungsspielraum

unterscheidet sich ganz offensichtlich erheblich von dem, was er in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war.

Unter US-Präsident Donald Trump ist auch die wirtschaftliche Seite dieser Beziehung zunehmend in den Vordergrund gerückt: Washington erwartet von Deutschland und anderen europäischen Verbündeten, dass sie deutlich mehr für die Verteidigung ausgeben und einen größeren Teil der finanziellen Last des westlichen Sicherheitssystems tragen. Dennoch, so möchte ich noch einmal betonen, könnte Deutschland weiterhin erheblichen Einfluss auf die wirtschaftlichen Angelegenheiten der EU behalten.

Bei der US-Präsenz in Europa ging es jedoch nie in erster Linie um die Präferenzen der Europäer selbst. Aus Washingtons Sicht ist Europa auch eine strategische Plattform, von der aus die Beziehungen zu Russland – seien sie nun konfrontativ oder diplomatisch – gesteuert werden können.

Solange die USA die Eindämmung Russlands als ein wichtiges strategisches Ziel betrachten, haben sie allen Grund, ihren Einfluss auf Deutschland aufrechtzuerhalten – ungeachtet der politischen Umwälzungen, die sich im Land vollziehen –, und genau darin liegt der grundlegende Unterschied zur Zwischenkriegszeit.

Deutschland könnte nationalistischer werden, sein Parteiensystem könnte sich weiter zersplittern, während die Verteidigungsausgaben dramatisch steigen und deutsche Politiker sich wieder daran gewöhnen könnten, die Sprache der Militärmacht zu sprechen.

Aus Moskauer Sicht kann keine dieser Entwicklungen vernünftigerweise ignoriert werden, doch ist Deutschland auch keine autonome Militärmacht, die ganz allein entscheiden kann, ob Europa in den Krieg zieht.

Die Instabilität, die sich derzeit in den westeuropäischen Gesellschaften entwickelt, ist sicherlich einer der Faktoren, die die Gefahr einer Konfrontation erhöhen, da politische Umbrüche zu Radikalisierung und einer zunehmend risikofreudigen Außenpolitik führen können.

Die Innenpolitik der EU ist jedoch nur ein Teil des Gesamtbildes, sodass der entscheidende Einflussfaktor nach wie vor von außen kommt – und ob man es nun gutheißt oder nicht: Diese Westeuropäer, allen voran die Deutschen, haben längst das ausschließliche Recht verloren, selbst zu entscheiden, ob ein großer europäischer Krieg ausbricht.